



LINKE MACHENSCHAFTEN AUFGEDECKT

Wuppertal: Hetze gegen AfD über Mailaccount der Stadt

Ein linker Verein verteidigt die verbotene Antifa-Plattform Indymedia, hetzt in plumper Manier gegen die AfD und ruft zur Behinderung derer genehmigten Wahlkampfstände auf – und das alles wird verbreitet über einen offiziellen Mailaccount der Stadt Wuppertal: Völlig zu Recht spricht der örtliche AfD-Kreisverband [von einem Skandal](#) und fordert die Wuppertaler Pro-Ratsgruppe begleitend dazu eine umfangreiche [Aufklärung der Hintergründe](#) im Stadtrat ein.

Denn schlimm genug, dass sich der Wuppertaler [„Tacheles Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein“](#) mehr der Antifa-Arbeit verschrieben hat als dem eigentlich satzungsgemäßen Vereinszweck. Doch richtig skandalös wird es, wenn deren plumpe Anti-AfD-Hetze auch noch über einen städtischen Mailaccount an zahlreiche städtische Mailadressen weiter geleitet wird.

Von parteipolitischer Neutralitätspflicht der Stadt Wuppertal kann da keine Rede mehr sein, wie selbst eine Sprecherin der Stadt gegenüber dem WDR einräumen musste und für die Zukunft Abhilfe versprach ([im hier verlinkten Video ab Minute 14](#)).

Es gilt deshalb überall in Deutschland, in jeder Stadtverwaltung und in jeder sonstigen Behörde, solche illegalen linken Netzwerke aufzudecken und anzuprangern. Der Wind steht günstiger denn je, die krakenhaften Verästelungen der Alt-68er in Politik, Verwaltung und Medien Schritt für Schritt zurück zu drängen.

Kontakt:

» Stadt Wuppertal

Oberbürgermeister Andreas Mucke

Johannes-Rau-Platz 1

42275 Wuppertal

Telefon +49 202 563 0

Telefax +49 202 563 8199

E-Mail: stadtverwaltung@stadt-wuppertal.de

» Tacheles e.V.

Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein

Rudolfstr. 125

42285 Wuppertal

Tel: 0202 – 31 84 41

Fax: 0202 – 30 66 04

E-Mail: info@tacheles-sozialhilfe.de



Guten Morgen, Deutschland? Nein: Gute Nacht, Deutschland!

Der Morgen danach. PI-NEWS hofft, dass alle 21.000 gestern eingesetzten Beamten eine verletzungsfreie Nacht und eine wohbehaltene Rückkehr zu ihren Familien und Freunden hatten! Das haben die Polizisten und Mitarbeiter von Stadt, Rettungsdiensten, Feuerwehr, Bundeswehr und andere Menschen, die versuchen, dem linksfaschistischen Terror Paroli zu bieten, genau so nötig wie Anwohner und Inhaber von Läden und Geschäften!

Es ist eine Schande, miterleben zu müssen, was aus unserer Heimat geworden ist. Nicht genug, dass es seit Jahren zu tagtäglichen Übergriffen kulturfremder Analphabeten und islamischen Terroranschlägen kommt, nein, jetzt blicken wir nach Hamburg und sehen, dass ein Mob von linken Faschisten eine Großstadt lahmlegt und in Anarchie versetzt. Ein Mob von Tausenden; auch aus dem Ausland. Die Polizei muß tatenlos zusehen, wie Geschäfte im Schanzenviertel geplündert werden, wie am hellerlichten Tag Autos von normalen Bürgern abgefackelt werden.

Derweil lauschen die Verantwortlichen, allen voran Merkel und Konsorten, klassischer Musik in der Elbphilharmonie. Dekadente Zustände, die an das frühe Mittelalter erinnern.

Um Bilanz zu ziehen, ist es noch zu früh – aber PI-News wird Bilanz ziehen. Eins ist aber jetzt schon klar: mit diesem Gipfel ist Merkel gescheitert. Dieser Ausbruch von blanker Anarchie unter den Augen der Regierungschefs, den Delegationen diverser Organisation, ja unter den Augen der Welt und nicht zuletzt unter den Augen des deutschen Volkes zeigt eindeutig: die Politik dieser Frau und ihrer Claquere ist krachend

gescheitert!

Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

Treten Sie sofort zurück, Frau Dr. Merkel! Das ist der beste Dienst, den Sie dem deutschen Volk erweisen können und erinnern Sie sich in diesem Kontext wenigstens einmal an Ihren Amtseid! (*inxi*)



Berliner Theater-Intendant will keine AfD-Wähler zu Gast haben

Update: Berliner AfD verlost Eintrittskarten für Friedrichstadt-Palast – nähere Infos [hier!](#) Noch werden die Wähler und Mitglieder der AfD nicht in Lager „für Vieldalt und Toleranz“ gesteckt, um ihnen dort die Merkelsche Staatsdoktrin mit Fäusten und Zwangsarbeit einzubläuen, bis das Blut spritzt.

Wenngleich: Die ersten Faschisten träumen schon davon, die Sachsen, bzw. die AfD-Wähler unter ihnen, außer Landes zu schaffen. Nach Tschechien will – [wie bereits berichtet](#) – Ansgar Mayer von der katholischen Kirche sie im Austausch gegen Müll deportieren. Vermutlich hatte er dort schon konkrete Destinationen vor Augen. Das entspricht in etwa dem

Deutschland von 1938, aber ganz so weit sind wir bei der Wiederholung der Geschichte noch nicht, das wird gerade erst „angedacht“. Wir sind im Jahre '34 angelangt, in der Zeit, als Juden kulturell und wirtschaftlich isoliert wurden. Eine Anleihe in dieser Zeit unternahm jetzt Berndt Schmidt, Intendant des Friedrichstadtpalastes:

Das bekannte Revuetheater in der Friedrichstraße will keine AfD-Wähler zu Gast haben. Berndt Schmidt, Intendant des Friedrichstadt-Palastes, hat sich in einem Brief an seine Mitarbeiter klar positioniert, wie die Berliner Morgenpost berichtet.

„Wir werden uns künftig noch deutlicher als bisher von 20 oder 25 Prozent unserer potenziellen Kunden im Osten abgrenzen und von Hohlköpfen mit Migrationshintergrund selbstverständlich auch. Ich will all deren Geld nicht“, hieß es in dem Brief.

Schmidt stellt klar, dass das Theater „eine bedeutende Kulturinstitution im Osten“ sei. Dem Intendanten sei bewusst, dass nicht alle AfD-Politiker und Wähler der Partei Nazis sind.

„Aber wer AfD wählte, wusste, dass er auch Nazis in den Bundestag wählt. Wer das aus Angst oder Sorge oder Protest in Kauf nimmt, ist ein Brandstifter und Mittäter“, schrieb Schmidt weiter.

Berndt Schmidt fühle sich vor allem für seine „nicht deutsch aussehenden“ Mitarbeiter verantwortlich, die immer häufiger Opfer von Anfeindungen und Geringschätzung wären. „Der Palast repräsentiert den anständigen Osten“, erklärte er am Ende seines Briefs.?

Gegenüber der Zeitung gab Schmidt an, dass AfD-Wähler, die nun ihre bereits gekauften Karten zurückgeben wollen, den Kaufpreis erstattet bekommen. Die Berliner AfD holt unterdessen zum Gegenschlag aus und rät ihren Wählern davon

ab, das Revuetheater zu besuchen.

„Wenn der Intendant meint, auf das Geld der AfD-Wähler verzichten zu können, dann raten wir unseren Wählern, sich in Berlin andere Möglichkeiten der Zerstreuung zu suchen“, so der Parteisprecher Ronald Gläser.

Im Grunde sollten alle, die aus der Geschichte gelernt haben, jetzt vor dem Friedrichstadtpalast demonstrieren und den Rücktritt des Kanzler-Intendanten Schmidt fordern. Doch gibt es dabei zwei Probleme:

1. Haben nicht genügend Menschen aus der NS-Zeit gelernt. Zu viele laufen einer diktatorisch agierenden Führerin hinterher, die sich an Recht und Gesetz nicht gebunden fühlt. Nur wenige sehen den Skandal.

2. Müssen diejenigen, die sich offen zu Freiheit und Demokratie bekennen, mit den halboffiziellen Schlägertrupps der Alten rechnen, die unter dem kaum verhohlenen Beifall ihrer Claqueure auf die einprügeln, die sich ihr widersetzen, früher die Juden, heute die AfD.

<https://www.facebook.com/AfDFraktionAGH/videos/481828915537052/>

Die AfD rät dazu, diese „kulturelle“ Einrichtung zu meiden, doch vielleicht ist das der falsche Weg. Vielleicht sollte man jetzt gerade dort hingehen, eine Karte kaufen und sich dann offen zur AfD bekennen. Der Eintritt dürfte dann nicht verweigert werden, das Risiko, dort geschlagen zu werden, ist eher gering.

Wie auch immer, wir sind leider dazu verdammt, wie die Menschen in der NS-Zeit, den Mittelweg zu finden zwischen einem Eintreten für Freiheit und Demokratie und dem Abwägen des persönlichen Risikos. Anschauungsunterricht aus der

Nazizeit, aus erster Hand.

Kontakt:

Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mbH

Friedrichstraße 107

10117 Berlin

Intendant: Dr. Berndt Schmidt

Telefon: 030-2326 2264

E-Mail: schmidt@palast.berlin

(Bei allen Meinungsverschiedenheiten in der Sache bitten wir auf [beleidigende Ausdrücke](#) zu verzichten)



Antaios-Verlag **auf** **Frankfurter** **Buchmesse** **attackiert**

Vom 11. bis zum 15. Oktober findet die Frankfurter Buchmesse statt. Lesehungrige aller Art tummeln sich wieder zwischen den Ständen. Alle Standbetreiber müssen zahlen, aber von manchen ist nur die monetäre Zuwendung gerne gesehen, das Angebot und die Standbetreiber selber versucht man auszugrenzen und leistet beim Versuch, ihr Geschäft zu schädigen, schon bei der Zuweisung des Standplatzes Vorschub und den Gegnern Unterstützung – so geschehen dem [Antaios-Verlag](#).

Die Organisatoren der Buchmesse haben den Verlag von [Götz Kubitschek](#) ganz bewusst in Halle 3.1, Reihe G, gegenüber dem Stand der linken Amadeu-Antonio-Stiftung der Stasispitzelin Anetta Kahane platziert, wo sich bestimmt während der ganzen Dauer der Messe linksradikales Hetzpersonal einfinden wird.

Mit derartigen Schikanen kann Unternehmer Kubitschek aber souverän umgehen. Dennoch ist es ziemlich bezeichnend für die Taktik „Deine Kohle ist ok, Du aber nicht“, dass der Messeorganisator, der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, auf seiner eigenen Veranstaltung gegen einen zahlenden Standbetreiber demonstriert, gleichzeitig aber völlig schizophren von „Meinungsfreiheit für alle“ faselt. Meinungsfreiheit, wie Börsenvereins-Geschäftsführer Alexander Skipis sie versteht, selbstverständlich.

„Meinungsfreiheit umfasst alle, aber es ist unsere Pflicht, laut und deutlich für unsere Werte und gegen Rassismus einzutreten“, erklärte er zu dieser absurden Aktion und bestätigt damit, dass nur jene eine Meinung haben und sie öffentlich vertreten dürfen sollen, die seinen und den linken „Werten“ einer Amadeu-Antonio-Stiftung entsprechen.

Und so läuft der Messe-Vertreter mit einem Häufchen anderer aufrechter Demokraten und Gesinnungswächter mit Schildern für „Respekt und Vielfalt“ am Stand des [Antaios-Verlags](#) auf.

Meinungsfreiheit nur ein Gut für Linke, der OB steht dazu

Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) ist das aber nicht genug. Der Spezialdemokrat steht offen dazu, dass Meinungsfreiheit und die angeblich sozialistische Gleichheit aller nur für seinesgleichen zu gelten habe und gibt alles für den Kampf gegen Rechts.

Die [Hessenschau berichtet](#):

Ein paar Meter weiter hat die Frankfurter Bildungsstätte Anne Frank ihren Stand. Gedränge auch hier: Oberbürgermeister

Peter Feldmann (SPD) hat sich angekündigt – und wettert, kaum angekommen, gegen die „Fehlentscheidung des Börsenvereins“, rechte Verlage zuzulassen. Die Organisatoren seien „zu passiv“, man müsse, „die Vielfalt, die wir in Frankfurt leben, ernstnehmen“.

Um seinen Willen zu zeigen gegen alles, das nicht in sein persönliches totalitäres Gesinnungsspektrum passt vorzugehen agitiert er offen und legt selber Hand an. Die vom Bildungsministerium geförderte „Frankfurter Bildungsstätte Anne Frank“ ist mit der Aktion „Mut – Mutiger – Mund auf!“ unweit des Antaios-Standes vertreten und wirbt mit Mund-Fotos, Flyern und Buttons für eine offene und tolerante Gesellschaft. Da linke Toleranz aber nur „aushält“ was ihrer Gesellschafts- und Wertezersetzung nicht entgegensteht und die von ihr sonst von allen geforderte Akzeptanz, für Andersdenkende gar nicht im Weltbild hat, nutzt OB Feldmann die Gelegenheit und krallt sich einen Tisch der auch vom Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) unterstützten Aktion mit „Mund auf“-Buttons und Flyern und verlagert ihn provokativ zum Antaios-Stand.

1:0 für Götz Kubitschek

Götz Kubitschek lässt sich aber nicht so leicht provozieren und bemerkt trocken, dass Intoleranz in der Tat etwas Gefährliches sei. „Manchmal ist es schwierig, mit der Intoleranz der Toleranten zu leben“, so Kubitschek, der Feldmann auf diese Art ziemlich blöd dastehen lässt. Einige Mitarbeiter des Antaios-Verlages haben sich dann sogar gerade deshalb selber „Mund-auf“-Buttons angesteckt, berichtet die Hessenschau.

Wen wundert es bei derartiger Agitation seitens des Veranstalters und des Oberbürgermeisters, wenn linksradikale Idioten nichts dabei finden, wie gewohnt ihrem Hass freien Lauf zu lassen und auch vor Sachbeschädigung nicht zurückschrecken. Über rund 30 Bücher des Verlages wurde Kaffee

und Zahnpasta verteilt. Antaios postete morgens ein entsprechendes Foto auf Twitter:

Kaffee und Zahnpasta quer über den Stand? Wahnsinnig erwachsen... [@Book_Fair](#) pic.twitter.com/nDJvECEBew

– Verlag Antaios (@Verlag_Antaios) [11. Oktober 2017](#)

Im Gegenzug stellte Götz Kubitschek elegant OB Feldmann bloß und unterbricht die Nabelschau des Meinungsfaschisten. Als dieser gerade vor Fernsehkameras betont, wie er auf der Messe für Meinungsvielfalt eintrete, stellt Kubitschek sich neben ihn und fragt u.a. ob er über Demokratie sprechen wolle. Will er natürlich nicht, sondern legt das Gesprächsangebot als Provokation aus, auf die er (feige) nicht eingehe.

Auch die Amadeu-Antonio-Stiftung will nicht reden, sondern nur agitieren. Schon vor der Messe hatte die Autorin und Ehefrau von Götz Kubitschek, Ellen Kositzka, die Stiftung in einem [offenen Brief zu einem Gespräch](#) eingeladen. Auch diese Geste wurde ausgeschlagen. Man werde über dieses „Stöckchen nicht springen. Eine öffentliche Diskussionsrunde auf der Buchmesse wird es nicht geben“, man wolle die Meinung der „Neuen Rechten“ nicht diskutabel machen, [hieß es](#) seitens der linken Kämpfer gegen Rechts und die Meinungsfreiheit.

Die Angst vor Machtverlust, die eigene Argumentlosigkeit und insgesamt eine linksfaschistische Ideologie im Kopf sind ganz offensichtlich eine hochtoxische Mischung, die nicht nur das Hirn des Einzelnen zerstört, sondern leider über kurz oder lang ganze Gesellschaften und die sie erhaltenden tatsächlichen Werte vernichtet.

Videobericht der Hessenschau:

http://www.hr.gl-systemhaus.de/video/as/hessenschau/2017_10/171011175101_L280015_A01_512x288-25p-500kbit.mp4



Linksextreme Seite „Indymedia“ verboten – Wahlkampfmanöver?

[„Innenministerium verbietet Online-Plattform ‚Linksunten Indymedia‘“](#), heißt es heute reißerisch in den Mainstreammedien. Hierbei handelt es sich um jene linke Internet „Hatespeech“-Seite auf der gegen jeden und alles gehetzt und gedroht wird, was nicht mindestens links verortet ist. Auch zahlreiche Bekennerschreiben, häufig illustriert mit aussagekräftigen Bildchen, wurden in der Vergangenheit auf dem linksradikalen Forum verbreitet. Die Hetzjagd gegen Andersdenkende und das „Outing“ gehört dabei mit zu der Lieblingsbeschäftigung der Betreiber. Nebenbei wurden teils schwer leserliche und gewaltaffine Texte zur erhofften linken Weltrevolution veröffentlicht.

+++ Update 12.30 Uhr: Indymedia ist jetzt in Deutschland und im europäischen Ausland nicht mehr aufrufbar! +++

Nebelkerze?

Die wieder erstarkte AfD im Nacken ([aktuell drittstärkste Kraft in den Umfragen](#)), zündet das CDU-geführte Bundesinnenministerium die nächste Stufe im Wahlkampf. Nicht genug, dass die Hauptverantwortlichen für den Verlust von

Sicherheit und Ordnung nun versuchen mit diesem Thema in der heißen Phase des Wahlkampfes zu punkten. Jetzt der klägliche Versuch, diese „Maizière“ von Seiten des entsprechenden Ministers mit der Ankündigung des Verbots von „linksunten“ auszuwetzen.

Nach den bürgerkriegsähnlichen Zuständen beim G20-Treffen in Hamburg war allerdings solch eine Nebelkerze von Seiten der Regierungsparteien zu erwarten – Wahlkampf eben!

Da passt es jetzt ins Bild, dass man drei Freiburger Linke als Verantwortliche der Seite präsentieren kann und [zahlreiche Waffen bei den Hausdurchsuchungen](#) sichergestellt werden konnten.

Seit Jahren linksradikale Protagonisten bekannt

Was in den Artikeln bei [Welt](#), [Spiegel](#) und [Focus](#) allerdings nicht erwähnt wird, ist die Tatsache, dass die Betreiber von „linksunten“ seit Jahren den Behörden mit Wohnadresse und Computer-IP bekannt sind. So telefonierte ein PI-Autor im Jahre 2012 bereits wegen der öffentlich gemachten Gewaltfantasien ([Wunsch nach brennenden Kirchen](#)) der Autonomen Antifa Freiburg mit der zuständigen Staatsanwaltschaft in Freiburg. In dem Gespräch mit einem sichtlich erregten Staatsanwalt kam man auf die Hintermänner zu sprechen, die bezüglich Indymedia doch mit den heutigen Möglichkeiten zu ermitteln sein müssten. Zur Verwunderung des PI-Autors sprach der Staatsanwalt offen weiter. Sinngemäß: Man wisse sogar von welchem Rechner die Seite betrieben werde. Da aber theoretisch mehrere Personen in der betreffenden Wohnung (Deutschland) gemeldet seien (WG), könne man nicht eindeutig zuordnen, wer zu welcher Zeit was am Rechner tue. Und da man nicht jemanden zu Unrecht beschuldigen wolle, seien einem da die Hände gebunden.

Ob man da bei „rechten“ Tätern in gleicher Situation auch lange Jahre so angeblich hilflos zugesehen hätte? Oder aber

haben die „Studenten“ jetzt ihre WG aufgelöst, sind in eigene Wohnungen gezogen und konnten jetzt, da besser situiert, zu ihren Rechnern eindeutig zugeordnet werden? Eher unwahrscheinlich.

Stattdessen lügt man den Bürgern vor: „Nun scheint es dem BfV gelungen sein, die mutmaßlichen Administratoren zu identifizieren“, so eine Textpassage auf Welt.de heute morgen.

Ein durchschaubares Wahlkampfmanöver

„Linksunten.indymedia“ ist bis zum jetzigen Zeitpunkt übrigens nach wie vor online! Und selbst wenn die Seite demnächst kurzfristig abgeschaltet werden sollte, so wird von den Altparteien bestimmt demnächst wieder gerne gesehen und toleriert werden, wie dort oder unter anderem Namen, auch in Zukunft Adressen und weitere persönliche Daten [zum Beispiel von AfD-Parteimitgliedern](#) ins Netz gestellt werden, um diese durch linksextreme Marionetten bis in den privaten Bereich terrorisieren zu können.

Wir schließen uns hier schon einmal der Forderung Petr Bystrons an, der heute auf Twitter fordert, die Antifa als Terrororganisation einzustufen und zu verbieten.

[#Antifa](#) als [#Terrororganisation](#) verbieten!
[#LinkenTerrorStoppen!](#) <https://t.co/PAfJz2Q50X>

– ???? ??s???? (@PetrBystronAfD) [August 25, 2017](#)



Vor Bundestagswahl: „Bremer Erklärung“ hetzt gegen AfD

Von Sarah Goldmann | In einer so genannten [„Bremer Erklärung“](#) bemüht sich im Vorfeld der Bundestagswahl ein ‚breites Bündnis‘ darum, eine Neuauflage des Judenboykotts der 30er Jahre zu organisieren. Ziel ist es, Mitglieder oder Sympathisanten der AfD vom Arbeitsplatz zu vertreiben, sie in Geschäften nicht zu bedienen, ihnen Schulbesuch und Vereinsmitgliedschaft zu verwehren, ihnen die Wahlwerbung auf der Straße unmöglich zu machen und sie später daran zu hindern, ihre Parlamentssitze einzunehmen.

Wörtlich heißt es darin:

Wir werden uns an der Verbreitung ihrer Parolen nicht beteiligen. Wo wir sind, bekommen sie kein Forum – weder auf der Straße, noch in unseren Vereinen, in unseren (Hoch)Schulen und Betrieben, Läden und Kneipen, an unseren Treffpunkten oder im Parlament.

Auch die Begründung ist in ihrer allgemeinen Formulierung an die aller Judenpogrome in der Geschichte angelehnt, dass nämlich die ~~Juden~~ die AfDler an allen Problemen der Welt schuldig sind:

Wir sehen die vielen dringlichen Missstände in der Bundesrepublik und weltweit. Die neuen Zäune und Mauern in den Köpfen und an den Grenzen, die Armut und den Krieg. Aber

wir wissen: Die alten und die neuen Rechten sind Teil des Problems.

Die Welt wird als brennendes Inferno dargestellt, das die ~~Juden~~ „die Rechten“ verursacht haben und gleichgültig geschehen lassen:

*Während draußen Unterkünfte für Asylsuchende brennen, reden AfD-Vertreter*innen von Schießbefehlen an den EU-Außengrenzen*

Während es draußen regnet,... Während andere an die Küste fahren... Während Oma Plätzchen bäckt... hätte man auch schreiben können, aber es geht eben darum, einen Zusammenhang zwischen brennenden Heimen (so wird unterstellt) und der AfD zu konstruieren, um den Hass gegen sie so weit anzustacheln, dass er letztendlich zu den gewünschten Pogromen führen wird. Es geht um billige Stimmungsmache, um das Aufhetzen von Menschen, um die Sprache der Gewalt.

Angebot an die Unterzeichner: Argumente statt Gewalt

Unter den Unterzeichnern des Nazi2.0-Aufrufes finden sich viele Professoren, die wie im Dritten Reich die intellektuelle Redlichkeit gegen einen Opportunismus gegenüber dem hasserfüllten Zeitgeist eingetauscht haben. Insbesondere diese wollen wir mit folgendem Angebot ansprechen: Verteidigen Sie vor einer größeren medialen Öffentlichkeit, hier bei uns auf PI, eine Ihrer Thesen. Begründen Sie, warum die AfD verantwortlich sein soll für die Armut in der Welt oder für Kriege. An welcher Stelle die AfD die Rechte von Erwerbslosen einschränken will oder wo sie gegen Homosexuelle oder Alleinerziehende mobilisiert. Und warum dies Ihrer Meinung nach den Boykott oder die Behinderung von Mitgliedern dieser Partei rechtfertigt, wenn nicht gar Gewalt, die in der Folge solcher Hetze zwangsläufig entsteht bzw. schon entstanden ist.

Haben Sie den Mut, eine einzige der im Aufruf genannten Thesen

auch mit Argumenten zu untermauern? Sind Sie bereit, den neu aufgelegten Judenboykott argumentativ zu verteidigen und mit Ihrem Namen noch einmal öffentlich zu unterschreiben? Sie, als eine in der Auswahl genannten Personen, dürfen auf PI einen Beitrag schreiben, Länge maximal 1000 Wörter. In diesem stellen Sie eine Ihrer Thesen gegen die AfD vor. Wir werden jemanden von der AfD bitten eine Gegendarstellung gleicher Länge zu schreiben, auf die Sie dann noch einmal antworten dürfen. Auch die AfD erhält anschließend die Gelegenheit einer zweiten Replik. Sollte niemand von der AfD dazu bereit sein, würde das ein Autor von PI übernehmen. Jede Seite erhält zwei Gelegenheiten zu schreiben. Wie sieht es also aus,

- Prof. Dr. Sabine Broeck,
- Prof. Dr. Gisela Febel, Professorin,
- Prof. Dr. Monika Fikus, Professorin,
- Prof. Dr. Andreas Klee,
- Prof. Dr. Kerstin Knopf,
- Prof. Dr. Ulrike Liebert,
- Prof. Dr. Martin Nonhoff,
- Prof. Dr. Rolf Oberliesen, Hochschullehrer,
- Prof. Dr. Hans Jörg Sandkühler, Hochschullehrer i.R.,
- Prof. Dr. Anne Schierenbeck, Hochschullehrerin,
- Prof. Dr. Erhard Tietel,
- Prof. Dr. Ingeborg Zerbes, Universitätsprofessorin?

Sind Sie bereit, Ihre Meinung zu verteidigen? Haben Sie den Mut, in eine inhaltliche Auseinandersetzung einzutreten? Haben Sie den Anspruch an sich selbst, begründen zu können, was Sie öffentlich vertreten? Wir wenden uns insbesondere an Sie als Akademiker, weil wir bei Ihnen den intellektuellen Anspruch kraft Ihrer Tätigkeit unterstellen können. Bei mehreren „Bewerbern“ würden wir denjenigen wählen, der im Alphabet am weitesten hinten erscheint. [Auf eine Antwort](#) sind wir sehr gespannt.

Allah und die Brandstift

Die Zahl radikaler Islamgegner in Deutschland zu. Sie organisieren sich in Parteien, Vereinen und Internetportals. Bundesregierung und Verfassungsschutz halten sich bedeckt.



SPIEGEL über Islam-Aufklärer in Deutschland

Allah und die Brandstifter

Die Zahl radikaler Islamgegner in Deutschland nimmt zu. Sie organisieren sich in Parteien, Vereinen und Internetportals. Bundesregierung und Verfassungsschutz halten sich bedeckt.

ichus ist einer der schönsten Plätze Münchens, reich an Vision und reich an Passanten. Stürzenberger hat den gewählt; die Hand zur schreit er auf und ab. Der Koran ist das gefährlichste der Welt.“ In schussicherer Weste Gelände. Denn ein paar Menschen sind gekommen, Stürzenberger, den Agitator, hören. Stürzenberger, 49, war vor rund zehn Jahren Sprecher der Münchner Gruppe. Er führt er in Bayern die „Die Freiheit“, vor drei Jahren wurde er zum Bundesvorsitzenden. Er predigt den Hass



Mit dem Bau eines es meistens an: Darstellung offener Widerstand Hass und Gewalt. In Hannover wurden in zwei Jahren Brandanschläge Gebetshäuser. Incorrect, die wichtige Anti-Islam-Website zu 120 000 Besuchern. Radikale Islamgegnern Parteien „Die Freiheit“ sowie die Bürgerbewegung „Europa“ gegründet. sich, Einfluss auf die Alternative für Deutschland gewinnen. Der ehemals Vorsitzende der „Freiheit“ hänger auf, bei der

Im aktuellen SPIEGEL befindet sich ein dreiseitiger Artikel über die islamkritische Szene in Deutschland mit ausführlicher Darstellung von PI. Vor einigen Monaten traf mich hierzu ein Redakteur des SPIEGEL in München und redete über eine Stunde lang mit mir. Es ist unwürdig für dieses „Sturmgeschütz der Demokratie“, dass sich kein einziges Statement von mir in dem Artikel befindet, obwohl es dort auch um mich geht. Nur ein zitierter Satz hätte dieser tendenziösen Berichterstattung den Wind aus den Segeln genommen. Beim Thema Islamkritik hat somit auch eines der größten Nachrichtenmagazine Deutschlands den Weg des seriösen

und objektiven Journalismus verlassen.

(Von Michael Stürzenberger)

Auszüge aus dem Artikel:

Der Stachus ist einer der schönsten Plätze Münchens, reich an Tradition und reich an Passanten. Michael Stürzenberger hat den Ort bewusst gewählt; die Hand zur Faust geballt, schreitet er auf und ab. Und brüllt: „Der Koran ist das gefährlichste Buch der Welt.“

Polizisten in schusssicherer Weste bewachen das Gelände. Denn ein paar Dutzend Menschen sind gekommen, um gegen Stürzenberger, den Agitator, zu demonstrieren. Stürzenberger, 49, war vor rund zehn Jahren Pressesprecher der Münchner CSU; seit 2012 führt er in Bayern die Splitterpartei „Die Freiheit“, vor drei Monaten wurde er zum Bundesvorsitzenden gewählt. Er predigt den Hass auf den Islam, er vergleicht den Koran mit Hitlers „Mein Kampf“.

Seit zwei Jahren sammelt er Unterschriften gegen ein Islamzentrum, das in München entstehen soll. Mehr als hundert islamfeindliche Kundgebungen hat er schon abgehalten.

Der Mann von der „Freiheit“ ist nicht allein. Er hat Unterstützer, Gefolgsleute, sie haben Schilder aufgestellt: „Keine Moschee am Stachus“, „Stoppt die Gegner der Demokratie“. Stürzenberger ruft, die Scharia schreibe Männern vor, Frauen zu schlagen. Seine Stimme überschlägt sich. „Das wollen wir in Bayern nicht!“ Ein Rentner fragt, wo er „gegen den Islam“ unterschreiben könne.

Den meisten Münchnern sind Stürzenbergers Angriffe peinlich. Seine Hetze erinnere an die „dumpfen Parolen der Nazis“, sagt Stadtrat Marian Offman (CSU). Die Stadtverwaltung unter Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) fürchtet Konflikte vor den Kommunalwahlen, München habe sich zu einem „Experimentierfeld“ für radikale Islamgegner entwickelt. Die

Rechtspopulisten der „Freiheit“ proben, ob ihr Angriff auf die muslimische Minderheit mehrheitsfähig ist. Sollte Stürzenberger genügend Unterschriften für ein Bürgerbegehren gegen den Moscheebau sammeln, wäre das über Bayern hinaus ein Signal für Muslime, nicht willkommen zu sein.

Die realitätsverweigernden Islam-Unterstützer Offman und Ude repräsentieren für den SPIEGEL wohl „die meisten“ Münchner. Dieser Propaganda-Artikel enthält Satzbausteine aus der Zeit, in der man Roland Koch mit seiner Kampagne gegen die doppelte Staatsangehörigkeit schon diffamieren wollte. Damals wurde auch ein „älterer“ Herr zitiert, der „gegen Ausländer unterschreiben“ wollte. Aber immerhin stellt das vierköpfige Redaktionsteam auch kritische Aspekte zum Islam in Deutschland dar:

Liegt das daran, dass viele aus der dritten Generation der Zugewanderten den Islam strikter leben als ihre Eltern und Großeltern? Dass in manchen Brennpunktvierteln sich muslimische Schülerinnen nicht mehr trauen, ohne Kopftuch auf die Straße zu gehen? Oder liegt es an den Meldungen über in Deutschland aufgewachsene junge Männer, die nach Pakistan gehen, um sich dort in Terrorcamps ausbilden zu lassen?

Erst vergangene Woche warnte der Bundesinnenminister vor einer hohen Zahl Dschihadisten aus Deutschland, die im Namen Allahs in Syrien kämpften. Etwa 300 sind es inzwischen, die ihre Heimat verlassen haben, um in den Krieg gegen Diktator Assad zu ziehen.

Hans-Georg Maaßen, der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, sieht eine „Wechselwirkung“ zwischen den Umtrieben radikaler Salafisten und rechtsextremer Agitation. Aber soll man deshalb Propaganda für den Islam in deutschen Fußgängerzonen verbieten?

Wenn der SPIEGEL die offene Diskussion über den Islam zulassen

würde, könnte sich die Öffentlichkeit schnell ein Bild davon machen, dass weite Teile der islamischen Lehre brandgefährlich und verfassungsfeindlich sind. Dann wäre der nächste Schritt, [die Verzichtsforderung](#) auf all diese Bestandteile, nur folgerichtig zur Selbsterhaltung unserer demokratischen Grundordnung. Aber genau diese Diskussion wird vom SPIEGEL wie von fast allen Medien nicht nur in Deutschland, sondern weltweit unterbunden. Es ist klar, warum: Die islamische Welt hält die westliche mit ihrem massenhaften Öl, Gas und Geld im knallharten Würgegriff.

Der SPIEGEL-Redakteur hatte mich auch zu den unterschiedlichen Religionsgruppen des Islams befragt. Ich erklärte ihm ausführlich, wie sehr sich die Aleviten von den Sunniten und Schiiten unterscheiden. Aber diese Darstellung ließ er einfach weg, denn sie hätte ihm den Wind aus den Segeln seiner tendenziösen Propaganda-Maschinerie genommen:

Islamfeinde unterscheiden in der Regel nicht zwischen Sunniten, Schiiten oder Aleviten, zwischen militanten Islamisten und friedlichen Frommen. In ihrer Vorstellung ist der Islam keine Religion, sondern eine politische Ideologie, die es zu bekämpfen gilt.

Muslimen wird unterstellt, nach der Weltherrschaft zu trachten. Sie untergraben die Souveränität demokratischer Staaten, unterwandern ihre Rechtsordnung. Auf der Internetplattform Politically Incorrect heißt es: „Die Ausbreitung des Islam bedeutet, dass unsere Nachkommen – und wahrscheinlich schon wir selbst – in zwei, drei Jahrzehnten in einer weitgehend islamisch geprägten Gesellschaftsordnung leben müssen, die sich an der Scharia und dem Koran orientiert und nicht mehr am Grundgesetz und an den Menschenrechten.“

Muslimen wird gar nichts unterstellt, sondern der Islam selbst fordert dies in seinen „theologischen“ Schriften. Hohe

Repräsentanten dieser totalitären Ideologie und ehrliche Moslems auf den Straße posaunen den Anspruch des Islams auf Weltherrschaft schließlich permanent unüberhör- und -sehbar hinaus, so dass es selbst SPIEGEL-Redakteure registrieren müssten – wenn sie nicht ihre Augen und Ohren aus linksideologischen Gründen verschließen würden. Weiter im Anti-PI-Pamphlet:

Im Sommer 2013 verbreitete sich über Politically Incorrect das Video einer selbsternannten „Anti Islam Fraktion“: Zu sehen ist, wie ein Koran auf einem Baumstumpf lodert. Drei Männer erscheinen, sie tragen Masken aus Alu-Folie und verbrennen einen weiteren Koran. Mit verzerrter Stimme wenden sie sich an die Muslime: „Ihr seid die faschistischste und hasserfüllteste Religion, die es nur gibt.“

Es folgen Bilder von Enthauptungen, blutverschmierten Fanatikern, verstümmelten Frauenkörpern, verätzten Gesichtern. Am Ende heißt es: „Gib Islam keine Chance!“ Die Münchner Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen gegen die Urheber des Videos aufgenommen.

Gegründet wurde Politically Incorrect, kurz PI genannt, von Stefan Herre, einem Lehrer aus Köln, und sein Einfluss geht über die digitale Welt hinaus: Herre ist mit Rechtspopulisten wie dem Niederländer Geert Wilders und ausgewiesenen Islamhassern wie dem US-Pastor Terry Jones bekannt. In vielen deutschen Städten haben sich PI-Ortsgruppen gegründet, ebenso in Österreich und in der Schweiz; der Münchner PI-Ableger wird vom bayerischen Verfassungsschutz beobachtet.

Der SPIEGEL verschweigt seinen Lesern ganz bewusst, dass die Macher des Videos Ex-Moslems sind. Nach der Darstellung von anti-islamischen NPD-Aktivitäten beklagen die SPIEGEL-Redakteure, dass Islamkritik auch in Reihen der CDU geäußert wird:

Antimuslimische Parolen haben den Weg in die Mitte der

Gesellschaft gefunden. Geschürt wird die Furcht vor dem Fremden von Politikern wie Hans-Jürgen Irmer, dem stellvertretenden Fraktionschef der hessischen CDU: „Der Islam ist auf die Eroberung der Weltherrschaft fixiert“, warnte er im Landtag, „wir brauchen nicht mehr Muslime, sondern weniger.“ Deren Verbänden könne man nicht trauen. Die Täuschung Andersgläubiger gehöre zum Wesen des Islam.

Nur eine Meinungsäußerung? In Deutschland dürfe der Islam ebenso kritisiert werden wie das Christentum, sagt Verfassungsschutzchef Maaßen. Und im Fall von Politically Incorrect rätseln die Behörden, ob es sich dabei lediglich um eine digitale Plattform handelt – oder um eine Organisation, die von Personen gelenkt wird. Die Beobachtung eines Blogs gilt als rechtlich schwierig. Verfassungsschützer sprechen von einer „Grauzone“.

Aber vielleicht lassen sich Grauzonen auch beseitigen. Vorigen Dienstag erteilte die Anti-Rassismus-Kommission des Europarats der Bundesregierung einen Tadel. Sie bedauert das Scheitern einer Bundesratsinitiative, eine Bestimmung ins Strafgesetzbuch aufzunehmen, „die rassistische Motive zu einem strafverschärfenden Umstand erklärt“.

Länder wie Großbritannien und die USA sind da weiter: Sie haben Gesetze gegen sogenannte Hasskriminalität erlassen, um Migranten besonders zu schützen.

Der SPIEGEL sollte sich besser mit den Grundlagen des Islams befassen, als sich zum Sprachrohr [idiotischer Initiativen auf EU-Ebene](#) zu machen, die allen Ernstes die Meinungsfreiheit einschränken und diejenigen zensieren wollen, die mutig die Fakten in einer weitestgehend feigen, verlogenen und volksverratenden Medienlandschaft aussprechen.

[Der gesamte Artikel](#) wurde bereits im Internet hochgeladen.



Zitelmann: Stalin und seine Bewunderer aus der „Intelligenz“

Mit der Russischen Oktoberrevolution begann vor 100 Jahren der Siegeszug des Kommunismus. Der Zusammenbruch des Kommunismus ist noch nicht lange her. Eine „Vergangenheitsbewältigung“, wie es sie beispielsweise in Deutschland für die Zeit des Nationalsozialismus gegeben hat, fand in den ehemals kommunistischen Staaten nie statt. In China prangt heute noch Maos Konterfei am Platz des Himmlischen Friedens, obwohl allein bei seinem Experiment des „Großen Sprungs nach vorne“ Ende der 50er-Jahre etwa 45 Millionen Menschen umkamen. Und in Russland treibt der Kult um Stalin heute sogar mehr Blüten als vor einigen Jahrzehnten.

Das erscheint angesichts der menschlichen Tragödie, materiellen Verwüstungen und Vergeudung von Entwicklungschancen, die der Kommunismus angerichtet hat und angesichts der Tatsache, dass es in der Weltgeschichte noch nie eine politische Bewegung und Formation gab, die sich „über eine so lange Periode hinweg derart über alle Kontinente und Länder der Welt erstreckt und die Weltpolitik mit entschieden hätte“ (Gerd Koenen) erklärungsbedürftig. Es ist nur zu erklären mit den Sympathien, die viele führende Intellektuelle im Westen mit den kommunistischen Systemen hatten.

Und heute noch haben! [Hier die Fortsetzung des Artikels](#) von Rainer Zitelmann im European!



Hamburg: Hofbräuhaus Speersort sagt AfD für Wahlparty ab

Das Hofbräuhaus Speersort in der Hamburger City ist eingeknickt vor den Regierungsparteien und ihren Schlägertrupps und hat der einzigen nennenswerten Opposition in Deutschland ihre Räume gekündigt. Das [Abendblatt](#) berichtet:

Die Hamburger AfD muss sich einen neuen Ort für ihre Wahlparty am Abend der Bundestagswahl (24. September) suchen. Wie das Hamburger Abendblatt erfuhr, hat das Hofbräuhaus am Speersort (City) die ursprüngliche Zusage wieder zurückgezogen. Die Bürgerschaftsfraktion der Alternative für Deutschland bestätigte die „sehr kurzfristige Absage“. Man suche einen neuen Ort.

Wenig glaubhafte Begründungen

Man hat bei den Betreibern wohl noch sehr gut die G20-„Proteste“ der Linksfaschisten in Erinnerung, die mit ihrer brachialen und menschenverachtenden Gewalt eben diesen Zweck

verfolgten, Andersdenkende zu bedrohen und einzuschüchtern.

Da wirken die Erklärungen des auf Linie gebrachten Wirtshaus-Teams wenig glaubhaft, man „habe nicht gewusst“, wer da kommt und „wolle sich politisch nicht positionieren“.

Denn erstens fragt eine gute Restauration durchaus nach, welcher Art die Veranstaltung ist, ob Geburtstags-, Trauer- oder Vereinsfeier oder Parteievent. Danach richtet man die Deko und vor allem die Bewirtung aus. Der erste Teil der Erklärung dürfte also gelogen sein.

Zweitens macht sich kein Restaurant und kein Biergarten gemein mit den Inhalten der Gäste, seien es nun Kaninchenzuchtvereine oder Sozialdemokraten, die dort einkehren. Man wird als gutes Haus auf eine neutrale (gute) Bewirtung und die Zufriedenheit der Gäste allerhöchsten Wert legen, egal ob sie das Grundgesetz verachten, wie Vertreter der GroKo, oder ob sie – wie im Falle der AfD – zu den Verteidigern unserer Verfassung zählen.

„Man wolle sich politisch nicht positionieren“, zieht also auch nicht, da das mit dem Ausschank von Getränken ja auch gar nichts zu tun hat.

Neben den zu erwartenden Einschüchterungsversuchen der roten SA dürfte auch die drohende Berichterstattung im NDR eine Rolle gespielt haben. Der norddeutsche Rotfunk sekundierte den Straßenschlägern mit einem „Location Check“. Beim Besuch des Speersort wies man das Hotel auf die Gäste der AfD hin, die man dort natürlich schon kannte. Aber man wies darauf hin, dass man „es beim NDR auch weiß“, und das reichte.

Die zu erwartende Zerstörung der Räumlichkeiten durch die asoziale Sturmabteilung des Genossen Mundwinkel wollte man sich dann angesichts zu erwartender Wahlerfolge der AfD und wutschnaubender Reaktionen der GroKo-Schläger wohl doch nicht antun.

Kontakt:

Hofbräu Wirtshaus Speersort

Speersort 1

20095 Hamburg

Tel.: 040-27880060

Email: info@speersort-hofbraeu.de

[Facebook](#)

Email an den NDR: fernsehen@ndr.de

(Hinweis an unsere Leser: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse, trotz aller Kontroversen in der Sache, um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise.)

Hochzeit in Kiel: Die Miris lassen es krachen



Erst kürzlich haben wir darüber [berichtet](#), dass der schwerkriminelle Miri-Clan aus Bremen mit dem Drogenhandel rund 50 Millionen Euro Jahresumsatz macht und zusätzlich knapp 7 Millionen Euro staatliche Transferleistungen bezieht. Standesgemäß feiert man

Hochzeiten an den nobelsten Adressen mit eigens eingeflogenen Musikern und Sportwagen im Wert von Einfamilienhäusern.

Die [Kieler Nachrichten](#) (Printausgabe 14.12.2010) berichten:

Kiel. Der Ostseekai ist eine der ersten Adressen für Traumschiffe in Deutschland. Jedenfalls im Sommer. Im Winterhalbjahr wird das Gebäude immer öfter als Veranstaltungsort genutzt: Messen, Modenschauen oder Hochzeitsfeiern mit bis zu 2500 Gästen beherbergt das Gebäude inzwischen fast regelmäßig.

Italiens Kreuzfahrtreedereien schätzen den Ostseekai. Selbst für die größten Kreuzfahrer von Costa und MSC ist der Kai mit Terminal die Top-adresse. Ist der Terminal aber auch tauglich für schwere italienische Sportwagen?

Diese Frage klärte Haschem Miri am Sonntagabend.

Der 22-jährige Bräutigam hatte seine Auserwählte Muna Semmo am Sonntag geheiratet und danach in einem italienischen Edelsportwagen der Marke Lamborghini durch Kiel zum Ostseekai gefahren. Begleitet von Feuerwerk, Musik und Gesängen machte der Bräutigam aber nicht vor dem Terminal Halt. Haschern Miri steuerte das 300 000-Euro-Gefährt als Schlusspunkt des Hochzeitskonvois durch die Tür in die Abfertigungshalle, wo er seine Braut direkt bis vor den Aufzug chauffierte.

Der komplette Kieler Kreuzfahrtterminal wurde von der libanesischstämmigen Familie des Bräutigams für die Feier gemietet. „Wenn wir feiern, dann kommen da schnell ein paar Tausend Gäste zusammen“, sagte Schwager Mervan, „da war der Terminal für uns ideal.“

Die Familie ist im norddeutschen Autohandel aktiv und hat Angehörige bis in den Ruhrpott. Für die Hochzeitsfeier wurden nicht nur Tische und Bestuhlung für mehr als 1000 Gäste in der oberen Ebene aufgebaut, sondern auch eine Bühne. Sie war für Rabih al Asmar bestimmt, einen bekannten Sänger aus dem

Libanon, der für die Feier im Ostseekai extra aus Beirut eingeflogen wurde – einer der Höhepunkte neben der standesgemäßen Fahrt mit den gelben Lamborghinis durch Kiel. Für die Kinder der Familie war aus Hamburg eigens ein XXL-Geländewagen des Typs Hummer gemietet worden – der aber vor der Eingangstür des Ostseekais blieb.